

TOP: 12

Fraktionen von SPD, CDU, *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*,
DIE LINKE Freie Wähler und FDP

Lfd.Nr. 393/2015 KT

Antrag zur Kreistagssitzung am 13.02.2015

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, *DIE LINKE*, *Freie Wähler und FDP* betreffend „Unterstützung der Leidtragenden des Brandes Am Richtsberg 88“

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, sich an der Unterstützung der Leidtragenden des Brandes „Am Richtsberg 88“ zu beteiligen.

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, für diesen Zweck dem Studentenwerk Marburg einen Betrag von 15.000 Euro zukommen zu lassen. Der Betrag soll dazu dienen, die Kosten abzufangen, die dem Studentenwerk für die Unterbringung und Versorgung von Bewohnerinnen und Bewohnern des abgebrannten Wohnheims Am Richtsberg 88 entstanden sind, das nach dem schweren Brand im letzten Jahr unbewohnbar geworden ist.

Gleichzeitig soll sich der Kreisausschuss gemeinsam mit dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg bei der Hessischen Landesregierung dafür einsetzen, dass dem Studentenwerk auch durch das Land Hessen in dieser schwierigen Situation zusätzliche finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der Folgekosten gewährt wird.

Begründung:

Bei dem durch Brandstiftung verursachten schweren Brand im Wohnheim Am Richtsberg 88 des Studentenwerks in Marburg haben 280 Menschen ihre Wohnungen verloren. Das Wohnheim ist nach wie vor unbewohnbar.

Einem Großteil der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern konnte mittlerweile durch das Studentenwerk oder die Wohnungsbaugesellschaften neue Wohnungen angeboten werden. Aber noch immer müssen ca. 100 Personen in Provisorien oder Notunterkünften wohnen. Das Studentenwerk unterstützt diese Betroffenen, dadurch sind mittlerweile Kosten von 150.000 Euro entstanden.

Von der Zahl der Betroffenen her handelt es sich bei dem Vorgang um einen größeren Schaden. Angesichts dessen ist es geboten, dass auch der Landkreis Marburg-Biedenkopf neben der Universitätsstadt Marburg, die mittlerweile einen Betrag von 50.000 Euro zur Verfügung gestellt hat, einen Beitrag

dazu leistet, um dem Studentenwerk und damit auch den Bewohnerinnen und Bewohnern in dieser Notlage zu helfen.

Ebenfalls in der Pflicht wird hier das Land Hessen gesehen, das zur Unterstützung aufgefordert werden soll.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez. Werner Hesse
SPD-Fraktion

gez. Werner Waßmuth
CDU-Fraktion